



Ivan Krastev
Is It Tomorrow Yet?
Allen Lane (Penguin) 2020
96 Seiten, £ 10,99
ISBN: 978-0241483459

Madeleine Albright hat ihn zu einem der führenden Denker Europas ernannt (in einem *blurb* auf der Rückseite des Buches). Jetzt hat er einen Versuch vorgelegt, die „Paradoxien der Pandemie“ auf den Begriff zu bringen. In vier Bewegungen unternimmt Ivan Krastev den Versuch, der Corona-Epidemie als Krise umfassend gerecht zu werden: als Wiederkehr des Ungelösten (1-18), Nationalismus des Zu-Hause-Bleibens (19-34), Demokratie als eine Diktatur der Vergleiche (35-64) und in Form der Frage: Sind sie [noch] da? (65-71). Krastev selbst fasst sein Vorhaben folgendermaßen zusammen: „Dieses schlanke Buch stellt keine Vorhersage dar, wie die Welt nach COVID-19 aussehen wird, und es ist auch kein Manifest, das sich auf die Zukunft bezieht. Was ich tun will, ist allein, die COVID-19-Kalamität als ein neuartiges Phänomen zu

untersuchen, welche sich grundlegend von den vorherigen drei Krisen¹ unterscheidet.“ (17) Und er fügt noch hinzu: „Und dies ist vor allem ein Buch über Europa, auch wenn es klarstellt, dass die Pandemie keine europäische Krise ist. COVID-19 ist eine globale Krise im allerwörtlichsten Sinne.“ (Ebd.)

Angesichts dieses durchaus zugespitzten Programms fällt zunächst auf, wie umwegig Krastev in dessen Umsetzung vorgeht: José Saramagos Roman *Die Stadt der Blinden* (1f.) zieht er zunächst ebenso als Denkmodell heran wie Albert Camus' *Die Pest* (2). Er verweist auf die Prognosen, welche mit der COVID-19-Pandemie wahr geworden sind: Das US National Intelligence Council warnte schon 2014 vor der neuen mit der Influenza von 1918/19 vergleichbaren Pandemie und Bill Gates formulierte 2015 eine Warnung vor einer „globalen Epidemie mit einem hochinfektiösen Virus“; aber auch die von Hollywood produzierten warnenden Blockbuster erwähnt er. Und er geht genauer auf die Spanische Grippe von 1918-1920 ein, die vermutlich mehr Leben gekostet hat als der Erste und der Zweite Weltkrieg zusammengenommen. Das führt Krastev zu der Frage, woran es denn liegen mag, dass wir unfähig oder auch unwillig sind, uns an Epidemien zu erinnern – bzw. wenn wir uns doch erinnern, „den Kampf gegen die Epidemie als eine Art von Krieg zu vergegenwärtigen“ (6). Jedenfalls hält Krastev fest, „dass COVID-19 unsere Welt auf tiefgreifende Weisen verändern wird, ganz unabhängig davon, ob wir uns (später) an die Tage der Pandemie (noch) erinnern werden oder auch nicht“ (7).

Er verweist darauf, dass „wir im 21. Jahrhundert schon dreimal gehört haben, dass unsere Welt für immer verändert werden würde: nach

¹ Krastev bezieht sich auf „die drei vorhergehenden Krisen, welche den alten Kontinent [Europa] in der letzten Dekade erschüttert haben – den Terrorismus, die Finanzkrise und die Flüchtlingskrise“ (16).

9/11, nach der Rezession von 2008/9, sowie in Europa im Gefolge der Flüchtlingskrise von 2015“ (7f.). Demgegenüber geht er spezifisch der Frage nach, „wie COVID-19 die Welt verändern wird“ (9).

Als Essenz seiner Überlegungen bietet er – als Weiterentwicklung seiner zunächst veröffentlichten „Seven Early Lessons from the Coronavirus“² – jetzt „sieben Paradoxien“ (10) an, die es sich (in deutscher Übersetzung) zu zitieren lohnt:

1. COVID-19 lässt die dunkle Seite der Globalisierung zum Vorschein kommen – aber es agiert auch als ein Agent der Globalisierung. Der Virus ist am schädlichsten an denjenigen Orten, die gemäß dem Historiker Frank Snowden „dicht bevölkert und miteinander durch schnelle Flugverbindungen, Bewegung von Touristen, von Geflüchteten, von aller Art von Geschäftsleuten, [sowie] alle Arten von wechselseitig verknüpften Netzwerken miteinander verbunden sind“. Zugleich hat es auf eine Weise die Welt synchronisiert und uns [alle] zusammengebracht, wie dies keine frühere Krise vermocht hat. Für einige Zeit [jedenfalls] haben wir in einer gemeinsamen Welt gelebt.
2. Die Pandemie hat den Trend zu einer Deglobalisierung beschleunigt, den die Rezession von 2008/9 ausgelöst hatte – während sie zugleich die Grenzen hat offensichtlich werden lassen, welche für eine Renationalisierung bestehen. In einer Welt nach COVID-19 wird es, wie Gideon Rahman vermutet, unmöglich, „zu glauben, dass große, entwickelte Länder weiterhin eine Situation akzeptieren werden, in welcher sie den größten Teil ihrer lebenswichtigen medizinischen Versorgungsgüter importieren müssen“. Wenn der Höhepunkt der Globalisierung in den 1990er Jahren (zumindest in der öffentlichen Vorstellung) in den Effizienzgewinnen durch

² Ivan Krastev: Seven Early Lessons from the Coronavirus. In: *European Council on Foreign Relations (ECFR)*. 18.03.2020. Online unter: https://ecfr.eu/article/commentary_seven_early_lessons_from_the_coronavirus/ (Zugriff hier und im Folgenden: 15.03.2021). In diesem Artikel hatte Krastev bereits betont, dass es „zumindest sieben Dinge“ gebe, „durch welche sich diese Krise sehr stark von den vorhergehenden Krisen unterscheidet, nämlich eine „Rückkehr von Big Government“, eine erneute Betonung der Rolle des Nationalstaats, ein erneuertes Vertrauen auf Expertenwissen, der internationale Aufstieg eines Big-Data-Autoritarismus, wie ihn China verkörpere, das Umschalten von einer Politik der Panikvermeidung zu einer Politik, gemäß der „die Menschen Panik empfinden sollten“, eine Intensivierung und Neufassung des Konfliktes zwischen den Generationen sowie die Erwartung, dass „von einem gewissen Punkt an, die Regierungen dazu gezwungen sein werden, eine Wahl zu treffen zwischen einer weiteren Eindämmung der Ausbreitung der Pandemie auf Kosten einer Zerstörung der Wirtschaft oder der Hinnahme höherer Humankosten, um die Ökonomie zu retten“.

globale Versorgungsketten nach dem Prinzip des Just-in-Time gelegen hat, huldigt heute die Öffentlichkeit dem Bild eines starken Staates, welcher dazu in der Lage ist, alle Ressourcen gelagert bereitzuhalten, deren die Gesellschaft in einer Krise bedarf.

3. In den frühen Stadien der Pandemie hat die Furcht vor dem Virus einen Zustand der nationalen Einheit hervorgerufen, wie ihn viele Gesellschaften seit Jahren nicht mehr erfahren hatten – aber auf längere Sicht wird sie die bestehenden sozialen und politischen Trennlinien vertiefen. Die Pandemie wird nicht allein diejenigen politischen, ökonomischen und sozialen Aufteilungen intensivieren, welche früher durch alle Gesellschaften hindurch offensichtlich bestanden – sie wird [schlussendlich] auch dazu führen, dass sie selbst wie eine Linie im Sand [wieder] verschwindet. Und je mehr [dann] die Furcht vor COVID-19 zurückgeht, werden wir dann umso weniger zugeben, dass ihre Drohung jemals wirklich eine war. Die Paradoxie liegt [dann] darin, dass gerade diejenigen Länder, welche entweder bei der Eindämmung des Virus am erfolgreichsten waren oder einfach das Glück hatten, am wenigsten betroffen zu sein, diejenigen Orte sein werden, wo die öffentliche Meinung die Regierung am allereifrigsten für ihre Politiken des Lock-down kritisieren wird.
4. COVID-19 hat die Demokratie zumindest in Europa in eine Warteschleife gebracht, indem viele Länder einen Ausnahmezustand erklärten; aber eben dadurch wurde [auch] dem Wunsch vieler Leute nach einer autoritäreren Regierungsform Schranken auferlegt. Eine Konsequenz des Einfrierens von Bürgerrechten und -freiheiten wird eher eine Ablehnung jeglichen Autoritarismus sein als dessen Annahme. In den ersten Phasen der Krise waren die Leute dazu bereit, ihren Regierungen durchaus willentlich außerordentliche Machtvollkommenheiten zuzugestehen – aber sie werden in dem Maße, wie ihre wirtschaftlichen Sorgen an die Stelle der Sorge um die öffentliche Gesundheit treten, zunehmend ungnädiger werden. Hierin liegt das veränderliche Wesen der COVID-19-Kalamität: Eine Gesundheitskatastrophe, welche sich in eine Wirtschaftskatastrophe verwandelt, macht es unglaublich schwierig, vorherzusagen welche politischen Konsequenzen die Krise haben wird.
5. Die Pandemie hat anfänglich das Vertrauen in Fachkunde und Wissenschaft wiederhergestellt, während sie zugleich einige der erschreckendsten Verschwörungstheorien hervorgebracht hat. Das Ergebnis davon ist, dass nur 49 % der Amerikaner sich bereit erklären, sich impfen zu lassen, während Regierung und Experten die Möglichkeit von Impfungen als die einzig realistische Form betrachten, wie die Krise wirklich beendet werden kann.
6. Während die EU in den frühen Phasen der Krise auffällig abwesend blieb, ist [inzwischen] die Pandemie zu einem deutlich kritischeren Faktor für die Zukunft der

Union geworden als alles, was bisher in ihrer Geschichte eine Rolle gespielt hat. Die EU steht nicht allein vor der Gefahr einer territorialen Desintegration, wie im Fall des Brexit, sondern vor allem vor einem Abgleiten in die [völlige] Irrelevanz. Allerdings ist es auch COVID-19, das für Europa so etwas herbeigeführt hat, wie es der Hamilton-Moment³ gewesen ist, und dem Prozess der europäischen Integration einen deutlichen Anzug gegeben hat.

7. Während sich die EU selber als den letzten Verfechter von Offenheit und Interdependenz [in den internationalen Beziehungen] versteht, könnte es eher der Druck der Deglobalisierung als ein Einstehen für liberale Werte sein, was die Europäer dazu veranlassen wird, mehr gemeinschaftliche Politiken auf den Weg zu bringen und sogar einige Notstandsvollmachten an Brüssel abzugeben. (11ff.)

Die deutlich artikulierte Rat- und Ziellosigkeit, die aus diesen „Paradoxien“ hervorgeht, artikuliert Krastev dann gleich noch einmal doppelt: *Zum einen* zitiert er als Antwort auf die Frage nach „möglichen Veränderungen, welche COVID-19 vielleicht auslösen [inspire!]“ könnte, eine Zeile aus Stephen Leacocks *Nonsense Novels*: „Lord Ronald sagte nichts; er stürzte aus dem Raum, stürzte sich auf sein Pferd und ritt ganz verrückt in alle Richtungen davon“ (13) – *zum anderen* zitiert er,

³ Bezogen auf die Geschichte der USA, als sie finanzpolitisch den Übergang von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat vollzogen haben, vgl. etwa die zusammenfassende historische Darstellung von Broadus Mitchell: Alexander Hamilton as Finance Minister. *Proceedings of the American Philosophical Society*, Vol. 102, No. 2 (30.04.1958), pp. 117-123. Dies wurde aktuell in Bezug auf das von Merkel und Macron auf den Weg gebrachte Programm einer Schuldenaufnahme durch die EU von Hans-Werner Sinn als Vertreter des neoliberalen Mainstreams aufgegriffen (Hans-Werner Sinn: *Der Hamilton-Moment*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Mai 2020); vgl. außerdem aktuell daran anknüpfend etwa die Darstellung vom Redaktionsnetzwerk Deutschland: <https://www.rnd.de/politik/europas-hamilton-moment-das-mega-thema-dieser-zeit-3ACNMNEDZGA3GDXW42V3Y61YE.html>, die Mainstream-Debatte unter: http://www.international-economy.com/TIE_Su20_EUHamiltonSymp.pdf oder auch Pierpaolo Barbieri und Shahin Vallée: Europe's Hamilton Moment. A New Kind of Federalism for the Continent. In: *Foreign Affairs*, 26. Juli 2017. Online unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/2017-07-26/europes-hamilton-moment>. Als einen ersten Einstieg in eine kritische Debatte eignet sich etwa Mark Copelovitch: No, this isn't Europe's Hamiltonian Moment. In: *The Washington Post*, 28.05.2020. Online unter: <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/05/28/no-this-isnt-europes-hamiltonian-moment/>, Ishaan Tharoor: EU budget summit Hamilton. In: *The Washington Post*, 22.07.2020. Online unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2020/07/22/eu-budget-summit-hamilton/> und (etwas grundsätzlicher) John Weeks: A ‚Hamiltonian moment‘ for Europe. Online unter: <https://www.socialeurope.eu/a-hamiltonian-moment-for-europe>.

als Überschrift des dann folgenden Abschnitts, den bekannten Spruch „Sei realistisch: Verlange das Unmögliche“. (ebd.) Dieser Abschnitt endet dann mit der trockenen Feststellung: „Es ist eine Gelegenheit, aber auch ein schwerwiegendes Risiko.“ (15)

Unter der Überschrift „Panik und Trivialität“ (ebd.) hält Krastev dann im Anschluss an den russischen Literaturtheoretiker Viktor Schklowski eine grundlegende Differenz von Politik und Kunst fest: „Kunst erregt das Publikum in Bezug auf das ‚Normale‘, während Politik das Außergewöhnliche [exceptional] trivialisiert“ (ebd.). Dies führe dann dazu, dass COVID-19 die Politiker aus ihrem gewöhnlichen Modus Operandi geradezu herauswerfe: Einerseits müssten sie überall die Einzigartigkeit der Krise betonen, selbst in Ländern, welche noch wenig betroffen sind (ebd.). Andererseits würden die europäischen Regierungen der Tendenz nachgeben, „COVID-19 als die gleichzeitige Wiederkunft⁴ der drei vorangehenden Krisen⁵ zu interpretieren, welche den alten Kontinent [Europa] im letzten Jahrzehnt erschüttert haben“ (16) und auf die dementsprechend mit „den Überwachungstechnologien“ reagiert werden kann, welche man „vorher für das Aufspüren von Terroristen“ genutzt hatte (ebd.) oder auch mit Grenzschließungen, wie man sie in der „Flüchtlingskrise von 2015“ eingesetzt hatte (ebd.). Krastev stellt klar, dass dies jedenfalls für die Dimension der Finanzkrise nicht gilt: „[D]ie Ökonomen sind sich einig, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht nur tiefer ist als die vorhergehende (von 2008/9), sondern sich grundlegend von ihr unterscheidet. Er zitiert dazu Adam Tooze's trockene Feststellung: „Es hat noch nie vorher eine Bruchlandung wie diese gegeben. Hier gibt es etwas Neues unter der Sonne. Und dies ist

⁴ Krastev benutzt hier die englische Metapher des „second coming“ für die prophezeite Wiederkehr des Christus der Christianer ‚am Ende aller Tage‘.

⁵ siehe Fußnote 1.

Schrecken erregend“ (17). Und er fügt hinzu, dass nach seiner Überzeugung „die Politiker einen schweren Fehler begangen haben“, weil sie nämlich „die Neuartigkeit der Krise herunterspielten“ – wo diese doch „dem Publikum sehr viel tiefer unter die Haut gegangen ist als irgendeine der vorhergehenden Krisen“ (ebd.).

Im Kapitel über den „Nationalismus des Zu-Hause-Bleibens“ arbeitet Krastev als zentrale These heraus, dass „es nicht der Aufstieg des Nationalismus ist, mit dem die Krise in Erinnerung bleiben wird, sondern vielmehr das deutliche Hervortreten der Grenzen des ökonomischen Nationalismus“ (21): So wurden etwa in den frühen Stadien der Coronakrise nicht so sehr „die Ausländer von den Einheimischen“ kritisiert; es gab vielmehr „eine Verärgerung der Landbewohner darüber, dass es zu einer Invasion der [städtischen] Besitzer von Zweitwohnungen kam“ (25). Krastev erinnert auch hier daran, dass diese Art von Landleben der Städter bis auf die Zeit der großen Pest zurückgeht (26).⁶ Besondere Aufmerksamkeit widmet er den Auswirkungen von COVID-19 auf die „sozialen und politischen Spaltungen“ in den betroffenen Gesellschaften (32): Es habe nicht nur „die bestehenden Spaltungslinien verstärkt und verbreitert“, sondern „auch [das Aufkommen] ganz neuer Spaltungen verursacht“ (32f.) – und in Debatten über „Exitstrategien“ (33) würden eben Politiken diskutiert, welche jedenfalls „Gewinner und Verlierer“ (34) produzieren würden – „und wenn die COVID-19-Einschränkungen lange genug dauern, werden sie unsere Gesellschaften von Grund auf neu gestalten [remake]“ (ebd.).

Im Kapitel über „Demokratie als eine Diktatur der Vergleiche“ (35-64) begründet Krastev seine Hoffnung, dass die Pandemie jedenfalls „nicht

⁶ Literarisch wurde dies von Boccaccio verewigt (27).

die Populisten an die Macht“ bringen werde, wie dies doch viele Experten erwarteten (35): „[A]uch wenn derartige Befürchtungen über die Zukunft der Demokratie in Europa [durchaus] berechtigt sind, habe ich doch das Gefühl, dass das Bild [jedenfalls] komplizierter und vielleicht auch nicht so düster ist“ (36). Dazu stützt er sich auf eine Unterscheidung zwischen Furcht und Angst: Furcht sei „eine Reaktion auf eine spezifische und als solche beobachtbare Gefahr“ (37); während Angst „eine diffuse, unfokussierte, gegenstandslose Überzeugung über die eigene Zukunft“ sei (ebd.). Krastev stützt sich auf sozialpsychologische Befunde, denen gemäß Menschen „unter Bedingungen der Furcht einen höheren Grad von Umsicht [mindfulness] und Selbstwahrnehmung [self-awareness] entwickeln, [durchaus] in Bezug auf die Zwänge, denen ihr freies Handeln unterliegt, und sich als eine zentrale Zielsetzung vornehmen, [in ihrem Handeln] einen höheren Grad von Kohärenz und Gewissheit zu erreichen“ (ebd.). Diese Eindimensionalität eines furchtsamen Geistes kann er am Überleben Marcel Reich-Ranickis im Warschauer Getto illustrieren (ebd.) – und nachvollziehbar machen, warum „die von COVID-19 erzeugte Furcht“ eben dazu geführt hat, dass „die Zustimmungsraten für Merkel und Conte gewachsen“ sind, während die „Unterstützung für ihre populistischen Herausforderer“ zurückging (38). Krastev resümiert, dass COVID-19 „die gesellschaftlichen Vorteile einer kompetenten Regierung hat ausdrücklich sichtbar werden lassen“ – anders als der Vertrauensverlust gegenüber „Experten und Technokratie, wie er nach der Finanzkrise eingetreten ist“ (ebd.). Aus Sophokles' *König Ödipus* zieht Krastev die Lehre, „dass der ‚Gott der Pest‘ jeden Herrscher vernichten kann, der sein Ansehen darauf verwettet, ihn besiegen zu können“ (ebd.). Darauf gestützt, wirft er die rhetorische Frage auf, ob dies wohl die Ursache dafür sei, dass so viele politische Anführer, „welche [geradezu] davon besessen sind, ein Bild ihrer eigenen Allmacht zu projizieren, auf die Pandemie mit magischem Denken,

feiger Verantwortung, Abwälzung und einer [geradezu] unheimlichen Immobilität reagiert haben.“ (38f.) Er erinnert daran, dass insbesondere eine „Notlage der öffentlichen Gesundheit“ dazu in der Lage ist, „Menschen dazu zu veranlassen, sich freiwillig Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte zu unterwerfen – in der Hoffnung [nämlich, dadurch] ihre persönliche Sicherheit zu verbessern“ (39). Zwar könnten autoritäre Anführer die meisten Krisen durchaus für sich nutzen und sie seien auch „gut bewandert in den Politiken der Furcht“ (ebd.) – aber es gebe eben nicht für alle Krisen geeignete „autoritäre Lösungen“ (ebd.).

Krastev zählt eine ganze Reihe von Punkten auf, durch welche diese gegenwärtige Pandemie autoritären Lösungen und ihren Führungskandidaten Probleme macht (43): In ihr geht es nicht darum, „sich als ‚Entscheider‘ zu inszenieren“ (41), sondern vielmehr darum „die harte Arbeit zu leisten, wie sie von ‚Problemlösern‘ verlangt wird“ (ebd.). Neben den „langsamen, mühsamen Anstrengungen von anonymen Fachleuten“ und dem „greifbaren Mut der Ärzte auf den Intensivstationen“, aber auch den ganz einfachen, alltäglichen „Verhaltensweisen wie Abstand halten, Hände waschen und Selbstisolierung“ erscheinen die „falschen Heldentaten von Insassen von Präsidentenpalästen“ nur noch als „pathologisch narzisstisch“ (42). Darüber hinaus könnten die Inhaber demokratischer Führungspositionen durchaus „eine Niederlage in Bezug auf eine politische Initiative erleiden und dennoch weiterregieren“ (ebd.), während „autoritäre Anführer der Maxime“ folgten, „niemals eine Schwäche zu zeigen“ (ebd.). Und COVID-19 zwingt auch das politische Führungspersonal, „sowohl die politische Macht, als auch das politische Rampenlicht mit Epidemiologen und anderen Experten zu teilen“ (43). Schließlich mache es auch noch „der globale Charakter der Krise“ den Menschen leicht möglich, „das Handeln ihrer eigenen Regierung mit den Handlungen der Regierungen auf der ganzen Welt zu

vergleichen“ (44) – und das „Abflachen der Kurve“ liefere dafür „auch noch eine gemeinsame Maßeinheit“ (ebd.), sodass die Bürgerinnen und Bürger durchaus dazu fähig würden, „die Leistungen ihrer Regierung“ einzustufen. Auch wenn es noch zu früh dafür sei, in Bezug auf die sich abzeichnende „langfristige Krise“ zu „irgendeinem abschließenden Urteil“ zu kommen, welche Regierungen sich als besonders effizient erwiesen haben, sei doch schon absehbar, wie (frei nach Sophokles) „einige der prominentesten Populisten und Autoritaristen der Welt vom Gott der Pest in ihren Untergang gestürzt worden sind“ (44). Anschließend tritt Krastev den verbreiteten Erwartungen entgegen, China werde der Gewinner der Corona-Krise sein: „Das Ergebnis könnte auch sein, dass der chinesische Anführer Xi Jinping durch die Krise stark geschwächt wird.“ (45) Es sei auch kein neuerlicher „kalter Krieg“ zu erwarten – da das chinesische Modell keine ideologische Alternative zum Kapitalismus darstelle, sondern vielmehr selber ein Teil des globalen Kapitalismus sei“ (46), auch wenn sich wegen der anhaltenden Konfrontation mit den USA die in China führenden Kräfte weiterhin als Kommunisten bezeichneten (47) und einstweilen als beste Strategie ihres Machterhalts auf die Mobilisierung eines „anti-westlichen Nationalismus“ setzen könnten (ebd.).

Demgegenüber macht Krastev dann tatsächlich eine Bedrohung der Demokratie aus: „COVID-19 bedroht eben dieses wesentliche Element der demokratischen Politik [nämlich „die Macht der Massen [crowds]“, 49]); eine Demokratie kann nicht funktionieren, wenn die Menschen drinnen bleiben müssen“ (50). „Es ist mir unmöglich, mir vorzustellen, dass Demokratien überleben können, wenn wir uns nicht in Gruppen von mehr als 50 Leuten versammeln können.“ (Ebd.) Anschließend diskutiert Krastev, wie weit die Unterscheidung zwischen einer „Politik der

Ungewissheit“ und einer „Politik des Risikos“⁷ dazu in der Lage ist, die Möglichkeiten des politischen Umgangs mit der gegenwärtigen Pandemiekrise zu klären: Er stellt fest, dass „Regierungen daran gewöhnt sind, mit Risiken umzugehen, dass aber der Umgang mit Ungewissheit zu einem ganz anderen Spiel gehört“ (52). Deswegen hätten Regierungen überall den Weg gewählt, „diejenigen Politiken zu kopieren, welche die Länder gewählt haben, die als erste von der Pandemie betroffen waren, selbst wenn sie nicht davon überzeugt waren, dass diese auch die beste Herangehensweise darstellten.“ (53) Also durchaus nicht, weil sie gesehen hätten, dass sie erfolgreich waren, „sondern weil sie selber keinerlei Vorstellung hatten, was denn funktionieren würde“ (ebd.). Diese Haltung der „allermeisten Regierungen“ erklärt für Krastev dann auch, „warum die Menschen der ganzen Welt dazu bereit waren, im Rahmen des Kampfes gegen COVID-19 die Verletzung der Privatsphäre zu akzeptieren“ (54f.). Dass für ihn zur Formulierung einer elementaren „Paradoxie diese Krise“ (55) – nämlich, dass sie „den Regierungen ganz außerordentliche Machtvollkommenheiten in die Hand geben, während sie zugleich jedem einzelnen Bürger wirkliche Macht gibt, indem sie es ihnen nämlich zu beurteilen erlaubte, ob ihre Regierung eine bessere oder eine schlechtere Leistung erbringt als andere Regionen“ (ebd.). Außerdem sei „während der Pandemie der Erfolg der Politiken jeder beliebigen Regierung [letztlich] von der aktiven Unterstützung durch ihre Staatsbürger*innen abhängig gewesen“ (ebd.). Allerdings werde dieser „Machtgewinn durch Vergleich“ dann wieder enden, sobald die Staaten damit „beginnen werden, ihren Ausgang aus dem Lockdown zu organisieren“ und sobald „ökonomische Sorgen an die Stelle der Sorge um die öffentliche Gesundheit“ zu treten beginnen (ebd.) – mit der Konsequenz eines drohenden Orientierungs- und

⁷ die Krastev aus Frank Knights 1921 erschienenen Untersuchung *Risk Uncertainty, and Profit* übernimmt.

Machtverlustes auf der Seite der Bürger*innen (ebd.). Und dann würde schließlich auch „die Furcht dem Ärger als in der Gesellschaft vorherrschende Stimmung weichen“ (ebd.).

Auf dem Umweg über eine Vergegenwärtigung von Jeremy Benthams Idee des Panoptikums, welches „von den Menschen verlangte, sich für die Regierung im Austausch für den Schutz gegen gefährliche Elemente völlig nackt zu machen“ – worin Proudhon dann den Inbegriff des von einer Regierung Kontrolliert- und Beherrscht-Werdens erkannt hatte – bildet Krastev ein Modell der völligen Durchsichtigkeit der Bürger*innen, welches darauf beruht, „dass der Staat von der Überwachung der öffentlichen Gesundheit dazu Gebrauch macht, um die Menschen vor sich selber zu schützen“ (57). In Auseinandersetzung vor allem mit Giorgio Agamben (59) unternimmt er es dann, wie er es formuliert, „Carl Schmitt auf den Kopf zu stellen“ (56): Das Beispiel Franklin Roosevelts habe aber (gemäß der Analyse von Ira Katznelson⁸) gezeigt, dass dieser erfolgreich die „liberale Demokratie“ (59) in den USA habe retten können, indem er sich nicht etwa „außerordentlichen Maßnahmen entgegen stellte, sondern vielmehr die Effizienz der Demokratie in der Zeit der Ungewissheit und der Furcht demonstrierte“ (ebd.). Damit habe er Carl Schmitt widerlegt und, *erstens*, gezeigt, dass auch „liberale Demokratien“ wirksame Problemlösungen finden und durchsetzen konnten – denn gemäß der Analyse von Katznelson könne eine Demokratie durchaus einem Ausnahmezustand erklären, müsse aber zum einen gewährleisten, dass der Unterschied zwischen „vorübergehenden Handlungen und einer auf Dauer angelegten Politik“ klar bleibe. *Zweitens* sei es von entscheidender Bedeutung, dass auch in einem Ausnahmezustand der Prozess der kritischen Auseinandersetzung über die verfolgte Politik zwischen den unterschiedlichen Organen des

⁸ Ira Katznelson: *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*. New York: Liveright, 2014.

Staates [branch of government] nicht still gestellt und insbesondere das Parlament nicht aufgelöst wird. (60) Schließlich betont Krastev noch die Bedeutung eines rückwirkenden kritischen Bewertungsprozesses für alle „politischen Regierungsformen, welche einer demokratischen Beratung und kollektiven Entscheidung verpflichtet sind“ (ebd.). Schließlich versucht er – gestützt vor allem auf eine Untersuchung von Rachel Kleinfeld⁹ und eine Überlegung von David Runciman – zu zeigen, „dass das wirkliche politische Erbe von COVID-19 in einer inneren Transformation sowohl demokratischer als auch autoritärer Regime besteht als in einem Übergang zur Demokratie oder auch zur Tyrannis“ (64).

Abschließend geht Krastev der Frage nach, ob unsere gegenwärtige Situation etwa dadurch begriffen werden kann, dass ein Überschneidungsbereich zwischen all den „populären Dystopien“ gebildet wird – er nennt *1984*, *Schöne neue Welt*, *Der Bericht der Magd*, *A Clockwork Orange*, und *Der Herr der Fliegen* (65). Seine Antwort besteht darin, zunächst festzuhalten, dass „[d]ie COVID-19-Pandemie der Globalisierung, wie wir sie kennen, ein Ende bereiten wird“ (ebd.) – um dann, im Rückgriff auf die Nostalgie-Erscheinungen des 17. Jahrhunderts (66), zumindest die Möglichkeit einer neuen Rolle für die Europäische Union zu antizipieren: „Der globalisierte Charakter von COVID-19, zusammengenommen mit der Einsicht, dass der ökonomische Nationalismus des 19. Jahrhunderts für die kleinen und mittelgroßen europäischen Nationalstaaten keine realistische Option mehr ist, kann vielleicht zu einem neu konfigurierten, auf die EU bezogenen territorialen Nationalismus führen“ (70). Als „große Paradoxie von COVID-19“ formuliert Krastev, dass „es das Versagen

⁹ Rachel Kleinfeld: ‚Do Authoritarian or Democratic Countries Handle Pandemics Better?‘ In: *CEIP Commentary*, 31.03.2020. Online unter: <https://carnegieendowment.org/2020/03/31/do-authoritarian-or-democratic-countries-handle-pandemics-better-pub-81404>.

weit mehr als der Erfolg der Europäischen Union gewesen ist, das die europäischen Regierungen dazu gedrängt hat, sich für eine vertiefte Integration zu entscheiden“ (ebd.). Und er schließt, mit Verweis auf den paradoxen Kosmopoliten Kant, der Königsberg niemals verlassen hat¹⁰ (ebd.), mit einer etwas kryptischen Diagnose: „COVID-19 hat die Welt mit Kosmopolitismus infiziert, während es die Staaten dazu gebracht hat, sich gegen die Globalisierung zu wenden.“ (71)

Es fällt auf, wie dünn der analytische Ertrag und die prognostische Kraft von Krastevs Essay ausgefallen sind – Krastevs geistvollen Bezugnahmen auf bemerkenswerte Untersuchungen und literarische Exempla können darüber nicht hinwegtäuschen. Ich denke, das liegt daran, dass er sich als liberalen Denker versteht und sich offenbar geradezu ein Denkverbot hinsichtlich struktureller Determinanten von Krisenprozessen generell und speziell der gegenwärtigen COVID-19-Krise auferlegt hat. Allerdings bleibt ihm zugutezuhalten, dass er damit durchaus sinnvollerweise den Verschwörungstheorien entgegentritt, welche sich naturwüchsig ausbreiten, wenn derartige strukturelle Erklärungen nicht öffentlich zur Verfügung stehen, und dass er sich, vermutlich gerade aufgrund dieser bewusst kultivierten Oberflächlichkeit seiner Überlegungen voraussichtlich kurz- und mittelfristig als besonders „realistisch“ erweisen wird – denn die Kräfte einer radikalen Transformation, welche die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Krisenprozesse wirklich angehen könnte, sind heute, jedenfalls in Europa, immer noch so schwach, dass sie zu wenig Hoffnung Anlass geben.

Frieder Otto Wolf

¹⁰ Hier unterläuft Krastev eine missverständliche Formulierung: Kants dauerhaftes Verbleiben in Königsberg hat gar nichts mit der wechselnden Zugehörigkeit von Königsberg „zu unterschiedlichen Reichen“ zu tun; zu Kants Lebzeiten war Königsberg dauerhaft preußisch.